

Hallische  
für Stadt



Zeitung  
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N<sup>o</sup> 38.

Halle, Freitag den 15. Februar  
Hierzu eine Beilage.

1850.

## Deutschland.

Berlin, d. 13. Februar. In der gestrigen Sitzung der Ersten Kammer wurde der von dem Präsidenten der Zweiten Kammer überlieferte Gesetz-Entwurf zur Einführung einer Klassen- und Einkommensteuer einer besonderen Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen. Der Gesetz-Entwurf, betreffend die Abänderung der Gemeinheitstheilung wurde durch endgültigen Beschluß angenommen. Auf der Tagesordnung war hierauf der von dem Abgeordneten du Big-nau (Erfurt) verlesene Bericht der betreffenden Kommission über die Bewilligung einer Zinsgarantie des Staates für die Aktien der Aachen-Düsseldorfer und der Ruhrort-Krefelder-Kreis Gladbacher Eisenbahn-Gesellschaft. Der Gesetz-Entwurf wird mit 69 gegen 63 Stimmen angenommen.

In der Zweiten Kammer folgte nach dem von dem Kriegsminister eingebrachten Antrage (s. die gestr. Nr. d. C.) der Bericht über den Entwurf der Gemeinde-Ordnung, wie derselbe aus den Beschlüssen der Ersten Kammer hervorgegangen ist.

Der Minister des Innern, welcher zuerst über den Gesetz-Entwurf das Wort ergriff, äußert sich folgendermaßen: Der Gesetz-Entwurf ist so wichtig, daß er kaum zu einer Berathung in den letzten Stadien der Sitzungs-Periode geeignet scheint. Die Gemeinde-Ordnung ist indeß so lange und vielfach Gegenstand der Aufmerksamkeit gewesen, sie ist in der Ersten Kammer so gründlich durchgesprochen worden, daß alle Vorbereitungen zur Berathung vorhanden sind. Die früheren Entwürfe haben vielen Widerspruch gefunden, aus allen Theilen des Landes sind Anträge und Gutachten eingelaufen. Diese sind zum Theil in dem vorliegenden Entwurfe berücksichtigt worden. Nur eines Gutachtens will ich erwähnen, welches fünf Einwendungen aufstellt. 1) gegen die Gleichstellung zwischen Stadt und Land; 2) die Gleichstellung aller Provinzen; 3) die Vertretung der kleinern Gemeinden durch gewählte Gemeinde-Versammlungen; 4) die Samtgemeinden; 5) die vermeintliche Vermehrung des Schreibwesens. Die Verschiedenheit zwischen Stadt und Land ist nicht mehr so groß wie früher, der Entwurf giebt den eigenthümlichen Verhältnissen Freiheit, sich in den

darin festgestellten Schranken zu entwickeln. Die Verfassung gebietet, bestimmte, allgemein gültige Normen aufzustellen, doch dieselben sind allgemein genug gehalten, um die Berücksichtigung besonderer Verhältnisse zu gestatten. Was die Gleichstellung der Provinzen betrifft, so muß festgehalten werden, daß für den neuen Staat, den wir zu begründen haben, eine einheitliche Gestaltung durchaus nothwendig ist, sollten auch derselben einige Eigenthümlichkeiten geopfert werden müssen. Es wird Aufgabe der politischen Entwicklung sein, denselben Berücksichtigung zu verschaffen. Noch weniger begründet erscheinen mir die drei übrigen Einwendungen. Was den fünften Punkt betrifft, so ist nicht abzusehen, wodurch ein Mißbrauch des Schreibwesens entstehen solle, wenigstens ist die Regierung nicht von der Absicht ausgegangen, bürokratische Einrichtungen zu schaffen. Zweierlei muß vor allen Dingen festgehalten werden, einmal, daß wir eine für germanische Völker passende Verfassung nicht haben werden, so lange den Gemeinden kein selbstständiges Leben gestattet ist, und daß andererseits eine einheitliche Gestaltung durch die Formen des neuen Staatslebens unentbehrlich gemacht worden ist. Das frühere Verhältniß übte eine gewisse polizeiliche Bevormundung gegen die Gemeinden. In dem Entwurfe ist die Aufsicht des Staates nur so weit ausgesprochen, als es für die einheitliche Organisation erforderlich ist.

Der Berichterstatter (v. Patow) setzt auseinander, warum sich die Kommission gegen die Trennung der Gesetzgebung für die östlichen und die westlichen Provinzen, für die Städte und das platte Land entschieden und die einheitliche Organisation der Gemeinden in der ganzen Monarchie gebilligt habe.

Nachdem mehrere Redner gesprochen haben, wird der Antrag auf Schluß der allgemeinen Debatte unterstützt und angenommen. Nach Verlesung einer Menge eingegangener Amendements zu den einzelnen Paragraphen der Regierungsvorlage, die alle unterstützt werden, wird die Vertagung der speziellen Diskussion beantragt, jedoch wegen zweifelhafter Zustimmung als abgelehnt betrachtet und daher begonnen. In der Abstimmung über §. 1. wird das erste Alinea, enthaltend die Bestimmung, was einem Gemeinde-Bezirk angehört, angenommen. Das zweite Alinea, daß jedes Grundstück einem Gemeinde-Bezirk angehören oder einen solchen bilden müsse, wird in der Fassung der Ersten Kammer angenommen, nachdem die Amende-

ments verworfen sind. Das dritte Alinea, von den Veränderungen von Gemeinde-Bezirken handelnd, wird in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen, und die im vierten Alinea enthaltene Bedingung der Gültigkeit des im dritten Alinea Bezeichneten wird wiederum nach der Fassung der Ersten Kammer angenommen.

**Berlin, d. 13. Febr.** Se. Maj. der König haben geruht: Dem Gastwirth und Kahnfahrer Ludwig Horn zu Tilsit und dem Müllergesellen Adolph Fritsch aus Heiligenkeil in Ostpreußen die Rettungs-Medaille mit dem Bande zu verleihen.

Man schreibt aus Washington, daß das deutsche Reich daselbst noch immer von Hrn. v. Köhne vertreten werde. So viel wir wissen hat aber Preußen bereits sein Beglaubigungsschreiben zurückgezogen, und eine Abberufung dürfte wohl durch die Bundescentralcommission in Frankfurt erfolgen, da die Rechte des Reichsministeriums auf dieselbe übergegangen sind.

**Berlin, d. 12. Febr.** Die Thronrede des Königs von Dänemark bei Gelegenheit der Eröffnung des Reichstags hat Veranlassung zu einer Note gegeben, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterm 6. Febr. an den preussischen Gesandten Frhrn. v. Werther in Kopenhagen gerichtet hat. Sie lautet:

In der Thronrede, womit Se. Maj. der König von Dänemark am 30. v. M. den dänischen Reichstag eröffnet hat, befindet sich ein Passus, welcher geeignet ist, die Beziehungen Dänemarks zu Deutschland und Preußen insbesondere in falschem Licht erscheinen zu lassen, und welcher mir daher die Nothwendigkeit auferlegt, mich darüber gegen Ew. Hochwohlgeb. auszusprechen. Der Passus lautet: „Noch ist der Krieg nicht zu Ende, sondern nur gehemmt; doch hoffe ich, daß die begyngenen Unterhandlungen zum erwünschten Ziele führen werden, wenn nur nicht irgeleitete Unterthanen bei einer größeren Macht Unterstützung finden.“ Daß mit dieser größeren Macht nur der Deutsche Bund oder Preußen gemeint sein könne, ist zu klar, als daß die königl. Regierung sich dagegen verschließen könnte. Sie muß daher diesen Worten gegenüber daran erinnern, daß Preußen den Krieg wie die Unterhandlungen im Namen und Auftrage des Deutschen Bundes geführt hat, daß der Deutsche Bund aber Beides übernommen hat zur Wahrung seiner ihm in Bezug auf ein Bundesland zusehenden Rechte, deren Beachtung er schon in dem Bundesbeschlusse vom 17. Sept. 1846 in Anspruch genommen. Von einer Unterstützung irgeleiteter Unterthanen des Königs von Dänemark, als solchen und in der Eigenschaft, in welcher er dem dänischen Reichstage gegenübersteht, ist nie die Rede gewesen und kann in keiner Weise, nach den rechtlich bestehenden und zur Genüge bekannten Verhältnissen, die Rede sein, und die königl. Regierung muß sich gegen jede solche Unterstellung feierlich verwahren. Die Verpflichtung des Deutschen Bundes und in seinem Auftrage Preußens, die Rechte des Herzogthums Holstein als eines Bundeslandes incl. seiner Beziehungen zum Herzogthum Schleswig zur Geltung zu bringen, kann an und für sich nicht zweifelhaft sein; und ist die Berechtigung dazu noch außerdem von Sr. Maj. dem Könige von Dänemark dadurch anerkannt, daß er in Verhandlungen darüber mit dem Deutschen Bund und Preußen eingegangen ist. Die Thatfachen sind so klar, daß die obigen Sätze weiter keiner Ausführung bedürfen; ich habe aber, der Möglichkeit einer falschen Auffassung gegenüber, nicht unterlassen wollen, an dieselben zu erinnern, und erlaube daher Ew. Hochwohlgeb., dem königl. dänischen Hrn. Ministerpräsidenten diesen Erlaß vorzulesen und ihm Abschrift von demselben zurückzulassen. (D. U. 3.)

**Steuerverweigerungs-Prozeß.** (Schwurgerichts-Sitzung vom 12. Februar.)

Nach der Eröffnung erbat sich der Defensor Dorn für den Angeklagten Schulz (Delitzsch) das Wort, um einer vom Staatsanwalt in der gestrigen Sitzung gemachten Aeußerung, daß einige der von den Angeklagten beim Gericht eingebrachten Urtheile nicht ganz authentisch seien, entgegen zu treten. Der Präsident befragt zunächst den Staats-Anwalt, ob er etwas dagegen einzuwenden habe, worauf der Staats-Anwalt dagegen protestirt, weil er keinen bestimmten Fall vorgebracht habe. Er verspricht jedoch den Fall, der ihm zu dieser Aeußerung Veranlassung gegeben hat, näher untersuchen zu lassen und demnächst den Gerichtshof von dem Resultat dieser Untersuchung in Kenntniß zu setzen. Ein anderer Verteidiger dringt auf die Festsetzung eines bestimmten Termins für die Eröffnungen, worauf die Staats-Anwaltschaft erwidert, daß sie darauf nicht eingehen könne. Hierauf nimmt der Angeklagte Prediger Pildenhagen das Wort, da er es für seine Schuldigkeit halte in dieser Angelegenheit nicht zu schweigen. Das in Bezug genommene Urtheil habe er eingebracht und der Gerichtsschreiber habe klar und deutlich das Datum des-

selben mit vorgelesen, woraus hervorgehe, daß das Urtheil vom Jahre 1846 sei. Es sei ihm gar nicht eingefallen, den Geschwornen glauben machen zu wollen, daß die Regierung ihm jetzt noch wohlgenigt sei; er habe nur durch das Urtheil den Beweis führen wollen, daß dies im Jahre 1846 der Fall gewesen sei. Das Gericht zog sich zur Berathung zurück, ob dem Defensor Dorn das Wort noch in dieser Angelegenheit zu ertheilen sei, beschloß jedoch, ihm dasselbe nicht mehr zu ertheilen. Es wurde nun die Anklage gegen den Bauergutsbesitzer Bunge l. verlesen. Der Angeklagte ist geständig, die Plakate, den Steuerverweigerungs-Beschluß, den Bericht der Kommission, so wie auch den Aufruf, überschrieben: „Liebe Kameraden und Brüder der Linie“ in mehreren Exemplaren und zu verschiedenen Malen verbreitet und an die Wahlmänner seines Kreises übersendet zu haben. Nur bestritt er, den Inhalt einiger der Druckschriften gefannt zu haben. Er hat jedoch zur Verbreitung dieser Plakate in einem Schreiben ausdrücklich aufgefördert. Der Staatsanwalt trug in einem kurzen Requisitionarium auf Schuldig an. Der Verteidiger Volkmar war in seiner Defensionalrede desto länger, er machte die Geschwornen darauf aufmerksam, daß der Angeklagte zwar bereits bestraft, dennoch ein so ehrenwerther Mann sei, daß er zum Abgeordneten erwählt worden sei. Gestern sei ihm wieder die Nachricht zugegangen, daß er abermals für die jetzige zweite Kammer gewählt worden. Der Defensor geht nun auf den politischen Theil der Anklage ein und läßt sich in seiner Rede so hinreichen, daß der Präsident sich veranlaßt fühlt, ihn zur Mäßigung zu ermahnen und aufzufordern, nicht eine Lehre zu predigen, die, wenn er nicht irre, den Hochverrath straflos macht. Es wurde hierauf mit der Verhandlung gegen den Eigenthümer Reentsch fortgefahren. Es fiel hierbei nichts Bedeutendes vor. Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht. Der Nachstangeklagte Rektor Herold aus Birra erklärte ausführlich, daß die in der Anklage gegen ihn ausgesprochenen Thatfachen wahr seien, daß er jedoch durchaus nicht die Absicht gehabt habe, Aufruhr zu stiften. Es wurden Zeugen vernommen, unter denen man auch den ehemaligen Minister Kühlwörter erblickte. Hiernach kam die Sache des Angeklagten Assessor Bucher aus Stolpe zur Verhandlung. Derselbe gestand ebenfalls die Thatfachen ein, bestritt aber die Absicht. Zeugenausagen wurden verlesen und ein Entlastungszeuge vernommen. Bei der Auslassung dieses Angeklagten fand der Präsident sich veranlaßt, seine Ansicht über das Maß, bis zu welchem die Vertheidigung gehen dürfe, noch einmal klar, deutlich und sehr bestimmt auszusprechen, bei welcher Ansicht er auch, trotz einiger Einwendungen der Vertheidiger, verblieb. Nach Beendigung der Beweisaufnahme gegen den Angeklagten Bucher wurde die Sitzung geschlossen.

**Thorn, im Februar.** Ueber die großen politischen Fragen wollen wir die kleinen Lebensbedürfnisse um so weniger vergefßen, als diese offenbar eben so hohen Werth haben, wie jene. Dieser Winter stellt es in ein grelles Licht, wie armselig noch unsere Kommunikationen sind. Es giebt jetzt in unserer Gegend keine Wege mehr! Die wenigen Meilen Chaussee in der Umgegend wollen nicht viel sagen, und die großen Landstraßen sind nichts weniger als dieses, sondern, da sie meistens tiefer liegen als die Aecker, Kanäle, in welchen sich der Schnee berg-hoch aufgethürmt und nun in Eis und Wasser umgewandelt hat. Diese Straßen sind daher nur theilweise zu passiren und der gewöhnliche Verkehr, sowie der Postenlauf, haben sich andere Wege über Aecker und Wiesen schaffen müssen. Nachts fahren die Posten nicht mehr, sondern man übernachtet auf den Stationen. Aber auch am Tage sind die Fahrten gefahrvoll. Der fetten Boden ist durchweicht und es haben sich Seen gebildet; entweder also muß man darauf gefaßt sein, im Lehme stecken zu bleiben, oder öfter ein kaltes Bad zu genießen. Glücklich, wer sich noch eines ganz lichten Fuhrwerks und ebenso starker, als leichter Pferde bedienen kann, um wenigstens durch die Wassermaßen schnell hindurchzukommen. Wer mit den Posten zu fahren genöthigt ist, dem rather wir, auf Alles gefaßt zu sein, und sich glücklich zu preisen, wenn er gesund und mit ganzen Gliedern an das Ziel gelangt. Auf den Touren nach Graudenz und Straßburg sind bereits 7 Postschlitten im Wasser und Lehm stecken geblieben, und zwar so, daß man, nachdem Menschen und Pferde in Masse vergeblich aufgeboden waren, die Fuhrwerke ihrem Schicksale überlassen mußte. So sollten unter Anderen neulich Reisende einen Dümpel passiren, standen aber davon ab, da sie bei näherer Beschichtigung aus der Mitte des Sumpfes eine Reichelspitze herausstecken sahen, die

genug sagte. — In der Culmseer Gegend warf neulich die Post um, so daß das Wasser sogleich einen Fuß hoch im Wagen stand. Die Damen, welche darin waren, mußten sich auf der über Wasser liegenden Seite des Wagens zum Fenster hinaus retiriren und dort eine Stunde im Regen, wie auf einer Insel, zubringen, dann, als Hülfe kam, durch das einige Fuß tiefe Wasser waten. — Auf dem Wege nach Straßburg, und zwar auf der Stelle, wo vor drei Jahren zwei tüchtige Pferde im Schmutz ertrinken oder ersticken mußten, da man sie nicht herausziehen konnte, ist neulich wieder die Post stecken geblieben; zwölf Pferde vermochten den Wagen nicht herauszuziehen, so daß man ihn bis auf bessere Zeit im Boche stecken lassen mußte. Dergleichen und ähnliche Vorgänge sind nun nicht etwa nur Folge dieses strengen Winters, sondern fast in jedem Jahre spielen sie mehr oder weniger eine Rolle. Wenn Angesichts dessen die Stimmung unserer Gegend den 21 Millionen Thalern nicht günstig ist, welche für die Eisenbahn nach der Provinz Preußen verwendet werden sollen, so ist dies sehr natürlich, und ebenso natürlich, daß man nicht müde wird, die Bitte um Chaussees, welche den Behörden schon fast bis zur Ermattung vorgetragen ist, immer wieder zu erneuern.

**Frankfurt a. M.**, d. 11. Februar. Die Eröffnung der Main-Weserbahn, welche laut Bekanntmachung der Eisenbahn-Direction heute erfolgen sollte, muß noch unterbleiben, da mehrere Dämme der Bahn durch Frost und Wasser so gelitten haben, daß ihre Wiederherstellung einige Zeit erfordern wird.

**Karlsruhe**, d. 9. Febr. Die Ministerien haben nunmehr fast alle Vorlagen, welche an die Stände-Versammlung geschehen sollen, beendigt, so daß der Termin der Einberufung der Kammern jetzt schon beginnen könnte. Allein die Abgeordneten-Wahlen sind erst auf den 16. d. M. ausgeschrieben, und es läßt sich kaum erwarten, daß die Stände vor Anfang März zusammentreten werden. Sollte nun am 20. März der Reichstag in Erfurt seine Sitzungen wirklich beginnen, so wird, da die bedeutendsten Mitglieder der Stände-Versammlung dorthin jedenfalls gewählt werden, für die Kammern nichts Anderes übrig bleiben, als sich bis zum Schlusse des Reichstages zu vertagen; doch dürften die wichtigsten Vorlagen der Regierung einstweilen durch die Commissionen beraten werden, so daß viele Zeit bei dem Widerzusammentritt des Landtags erspart werden könnte. Was den Ausfall der Wahlen in die zweite Kammer anbelangt, so wird die Regierung einige ihrer Candidaten mehr durchsetzen, als die liberale Partei; schwerlich jedoch wird die bisherige Majorität in die Minorität kommen. Staatsrath Beck soll an verschiedenen Orten gewählt werden, um ihm einen Beweis der Verehrung zu geben, die das ganze Land für ihn hegt. In seinem alten Wahlbezirke Meersburg (am Bodensee), so wie in Mannheim, Heidelberg und Pforzheim ist seine Wahl gesichert. — Mit den Wahlen zum ersurter Reichstage hat man noch nirgends im Lande einen Anfang gemacht; die Aufstellung der drei verschiedenen Wahlclassen hat unendliche Mühe verursacht. So viel aber scheint gewiß zu sein, daß die Wahlen auch in Baden mit derselben Theilnahmlosigkeit betrieben werden, wie in allen übrigen Staaten. Im Seekreise will man selbst gar nicht wählen, wie es heißt. (K. 3.)

**Hannover**, d. 11. Febr. Wir vernehmen, daß die Hannoveraner, welche bei dem letzten badischen Aufstande theilhaftig waren, vom König Ernst August amnestirt worden sind. Wenigstens wurde in diesen Tagen mehreren hannoverschen Staatsangehörigen, welche vom Magistrate zu Mannheim an das hiesige Stadtgericht dirigirt worden waren, von diesem eröffnet, daß der König sie amnestirt habe. Indessen sollen

sie einer besondern Aufsicht unterworfen werden. Diejenigen Hannoveraner, welche sich am Heckerzuge theilhaftig hatten, sind bekanntlich seiner Zeit gleichfalls vom Könige amnestirt worden.

**Braunschweig**, d. 7. Febr. Die Militairconvention zwischen unserm Lande und Preußen ist jetzt wirklich abgeschlossen und von dem Herzoge vollzogen. Soviel man hört, ist der Hauptzweck der, daß unsere Truppen ganz auf preussischem Fuß organisirt und ausgebildet werden und ein preussischer General die Oberinspection darüber führen wird, und es bestätigt sich daher das in mehreren öffentlichen Blättern aufgetauchte Gerücht nicht, daß von Seiten unsers Landesfürsten die Militairhoheit an Preußen abgetreten sei, so daß von hannoverscher Seite deshalb eine Protestation erfolgt sei.

**Hamburg**, d. 11. Febr. Leider ist es in den jüngsten Tagen, wie aus Schleswig vom 10. Febr. gemeldet wird und wie es denn auch nicht anders zu erwarten stand, endlich im Schleswigschen zu beklagenswerthen Excessen gekommen, und zwar in Süderstapel zu Conflicten mit den preussischen Truppen. Man muß im Interesse der Sache der Herzogthümer dringend wünschen, daß Alles, was Ansehen und Autorität in Schleswig besitzt, sich dahin verende, solchen Vorgängen namentlich in dem Augenblicke vorzubeugen, wo gerade — und wiederum in Folge der Maßlosigkeiten Dänemarks — in der That die Sache der Herzogthümer eine sehr günstige Wendung zu nehmen beginnt. Wir haben umsomehr Anlaß, auf Grundlage freilich nicht zu veröffentlichender Thatsachen diese Versicherung zu wiederholen, als man schon wieder im Schleswigschen zu verzweifeln beginnt. Die Prüfung allerdings ist eine harte und schwere, allein nur noch eine kurze Zeit Geduld, und man wird sie siegreich bestanden haben. Deutschland litt zu andern Zeiten ganz Anderes, als Schleswig, wie trübselig immer sein Loos ist, gegenwärtig noch zu dulden hat. Wir hoffen, namentlich unter dem Vorantritt ihrer würdigen Geistlichkeit, die nach den neuesten Berichten jetzt an der Grenze des Gehorsams gegen die Landesverwaltung angelangt ist, wird die Bevölkerung Schleswigs eine ihrer und ihrer Sache würdige Stellung bis zur nahen Stunde der Erlösung zu behaupten wissen.

## Italien.

**Rom**, d. 2. Febr. Die republicanische Partei versucht ihr Aeußerstes, um irgend einen Scandal hervorzurufen, durch welchen der Papst bewogen werden könnte, seine fest beschlossene Rückkehr wieder hinauszuschieben. Es leidet nämlich jetzt keinen Zweifel mehr, daß Pius IX. wirklich den Entschluß gefaßt hat oder doch gefaßt hatte, am 14. d. M. von Neapel abzureisen, die Nacht in Grosinone zuzubringen, wo dem Vernehmen nach bereits ein Haus für ihn in Bereitschaft gesetzt wird, und sonach wohl am 15. in Rom einzutreffen. Nicht nur ist der Cardinal Dupont als Abgeordneter des französischen Clerus in Neapel angelangt, um Se. Heiligkeit nach Rom zu begleiten, sondern es ist auch der hiesigen Municipal-Behörde officielle Nachricht über die Rückkehr des Papstes zugegangen, und Anstalten zur Illumination werden getroffen. Dessenungeachtet zweifelt man, wohl wissend, wie viel Opposition des Papstes Absicht bei einem Theile der Cardinale und Diplomaten findet, wie leicht ein geringfügiger Zufall benutzt werden kann, Alles wieder rückgängig zu machen, und eben darauf bauen die Republicaner ihre Hoffnungen und Plane, da ihnen natürlich die Rückkehr des Papstes, der von derselben gehoffte neue Aufschwung des Verkehrs, die etwaigen Acte der Milde, die man erwartet, sehr ungeliebt kommen würden. Zunächst bietet der Carneval ihnen eine günstige Gelegenheit zu allerlei Störungen. Ein Decret Mazzini's ist hier eingelaufen, durch welches der

Carneval verboten wird, da es sich nicht ziemt, daß die Bürger sich belustigen, während das Vaterland in Trauer sei. Heute früh fanden sich demzufolge Anschläge an den Straßenecken, in welchen die Bürger aufgefordert werden, keine Teppiche auszuhängen, Logen zu vermieten, den Corso nicht zu betreten, um ihre Trauer über die gallisch-priesterliche Unterdrückung an den Tag zu legen. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß die Hausbesitzer des Corso die für sie gewinnreichste Zeit des Jahres ungenutzt lassen werden. In letzter Nacht wurde der Versuch gemacht, die hölzernen Gerüste, welche für die Pferde-Rennen im Corso errichtet sind, zu verbrennen. Dennoch hofft man, daß der Carneval vor sich gehen werde, und zwar mit gewöhnlicher Frequenz, soweit dieselbe nicht durch die Fremden bedingt ist. Fenster und Logen sollen in großer Menge gemiethet sein, beim Volke aber wird der Trieb, sich zu belustigen, überwiegen, sollten auch die immer stillen ersten Tage noch etwas stiller ausfallen.

## Frankreich.

Paris, d. 10. Febr. Das „Journal des Débats“ enthält heute eine vom Geschäftsträger der Schweiz eingesandte Note, worin es heißt: „Die Ausweisung Mazzini's aus dem Gebiete der Schweiz ist seit lange beschlossen. Die letzten Eröffnungen Oesterreichs und Preußens an die französische Regierung sind daher ohne Einfluß auf diese Maßregel, deren Vollstreckung bloß durch die Gewandtheit, womit dieser Flüchtling sich den Nachforschungen der Polizei zu entziehen wußte, und durch die jetzt beseitigten Schwierigkeiten, auf welche die Genehmigung seiner Durchreise durch Frankreich stieß, verzögert worden ist.“ Ein Journal behauptet, in einem gestern abgehaltenen Ministerrathe sei ein Schreiben des Generals Dufour mitgetheilt worden, worin dieser sich bereit und im Stande erkläre, die vom schweizer Bundesrath zu erwartende Einwilligung in die Forderungen Oesterreichs und Preußens zu vollstrecken, jedoch dabei zur Bedingung mache, daß alle weiteren Drohungen gegen die Schweiz dann aufhören müßten. Andererseits wird aber versichert, jene zwei Mächte würden sich in keinem Falle für völlig befriedigt erklären, sondern die Interventionsdrohung noch lange über der Schweiz schweben lassen.

Am Schlusse der gestrigen Sitzung der National-Versammlung war wieder von einer demnächstigen Botschaft L. Napoleons die Rede. Dies Gerücht rührt jedoch anscheinend bloß von der langen Unterredung Lamartine's mit dem Präsidenten der Republik her, deren Gegenstand einzig die schweizer Angelegenheit gewesen sein soll, und dasselbe ist wohl eben so unbegründet, als die gleichfalls vielverbreiteten Gerüchte von Ersetzung Changanier's durch einen zu gewagten Unternehmungen gegen die Verfassung aufgelegten General, und von dem nahen Austritte mehrerer Minister. Das jetzige Ministerium besitzt das volle Vertrauen L. Napoleons und scheint mit demselben stehen oder fallen zu wollen, obgleich mehrere conservative Organe fortwährend auf die Bildung eines Cabinets dringen, welches fähigere Männer enthalte und das Vertrauen der Majorität besitze. — Das Organ der Partei Odilon Barrot, „l'Ordre“, versichert heute wieder entschieden eine Allianz Frankreichs mit Oesterreich im Gegensatz mit der bekannten Hinneigung L. Napoleons und des Ministeriums vom 31. October zu einer preussischen Allianz. Es hebt dabei die Gemeinsamkeit der Interessen, die geographische Lage und den „liberalen“ Geist des Ministeriums Schwarzenberg, der den Metternich'schen Absolutismus verdrängt habe, besonders hervor.

Der „Napoleon“ tritt heute wieder viel entschiedener auf, als die beiden letzten Male. In einem Artikel, worin die Umtriebe gewisser Journale zur Erschütterung der Eintracht zwi-

schen dem Präsidenten der Republik und dem General Changanier (die, wie erklärt wird, niemals gestört worden sei) scharf getadelt werden, heißt es geradezu, daß die heftigsten Feinde d. s. Präsidenten der Republik außer den Socialisten die exaltirten Legitimisten seien, welche letztere geradezu „weiße Anarchisten“ genannt werden. — Weiter folgt eine Erklärung, die nicht verfehlen kann, großes Aufsehen zu erregen: „Einige Journale haben kürzlich wie zur Warnung für die Regierung gesagt, Karl X. und Louis Philipp haben auch ein ergebeneres Ministerium und Heer gehabt und seien doch gefallen. Dies ist wahr. Allein Karl X. und Louis Philipp waren nicht durch die Nation erwählt worden und waren überdies auch nicht, wie der Präsident der Republik, entschlossen, die Armee niemals im Stiche zu lassen und sich lieber in ihrer Mitte tödten zu lassen, als noch einmal das Exil anzunehmen.“ — In Bezug auf die Stellung des Präsidenten der Republik zu den fremden Mächten sagt der „Napoleon“: „Seit einem Jahre hat die Regierung der Republik gegen die fremden Mächte die strengste Neutralität beobachtet. Ohne irgend Jemandem entgegen zu kommen, allein gegen Alle wohlwollend, hat sie durch diese würdevolle Unabhängigkeit, die einem Lande wie Frankreich geziemt, mehr Achtung und Ansehen gewonnen, als die vorige Regierung während ihrer ganzen Dauer. Rußland, das an Louis Napoleon die diplomatischen Notifikationen richtet, die es der Regierung Louis Philipp's verweigerte, welches das auf den Russen habende Verbot, Frankreich zu bewohnen aufhebt, und England, das in der griechischen Frage die Vermittelung der französischen Regierung annimmt, zeigen den Werth, den sie auf ein gutes Einvernehmen mit uns legen, und ihre ganze Ergebenheit gegen unsere Regierung.“

Die allgemein verbreitet gewesene Nachricht, daß der Kaiser von Rußland beschlossen habe, einen Gesandten statt eines einfachen Geschäftsträgers nach Paris zu senden, wird wieder in Abrede gestellt. Doch der von der hiesigen Regierung ausgedrückten Wünsche soll der Kaiser Nicolaus es vorziehen, Hr. v. Kiseleff, der Frankreich seit 10 Jahren bewohnt und folglich Personen und Verhältnisse genau kennt, hier zu lassen, als einen neuen Agenten herzuschicken, der erst Beziehungen anknüpfen müßte. Andererseits lassen die diplomatischen Gebräuche nicht zu, daß Hr. v. Kiseleff zum Gesandten bei einer Regierung ernannt werde, mit der er bisher nur als Geschäftsträger verhandelt hat.

## Großbritannien und Irland.

London, d. 9. Febr. Man scheint es als eine ausgemachte Sache anzusehen, daß die Mission des in diesen Tagen hierher zurückgekehrten französischen Gesandten, Hr. Drouyn de l'Huys, besonders die schweizer Frage betrifft. Der Globe, Lord Palmerston's Organ, nimmt davon Veranlassung, näher auf die Sache einzugehen. Er bemerkt, daß, wenn die bezunruhigenden Gerüchte, welche von mehreren Seiten verbreitet werden, daß nämlich in Folge der Proceduren der demokratischen Flüchtlinge in der Schweiz eine diplomatische oder gar militairische Intervention der größern deutschen Staaten in der Schweiz im Werke sei, die englische Regierung dagegen nicht gleichgültig bleiben dürfe. Bei der letzten Gelegenheit, als die Schweiz eine Hauptbeschäftigung für die europäische Politik abgab, habe Lord Palmerston's Widerstand gegen die Begünstigung des Sonderbundes von Seiten Ludwig Philipp's und des Fürsten v. Metternich mächtig dazu beigetragen, daß es der Schweiz gelang, ihre Unabhängigkeit siegreich zu behaupten. Während es daher einerseits eine grobe Ungerechtigkeit sein würde, die Grenzschutztruppen der Schweiz in ihren Maßnahmen der Vorsicht und Nothwehr zu behindern, biete Lord Palmerston's

Stellung an der Spitze des auswärtigen Departements doch eine genügende Bürgschaft dafür, daß diese Maßnahmen sich in den Grenzen der strengen Nothwendigkeit halten und daß es ihnen nicht werde gestattet werden, den Charakter eines Angriffs auf die Nation noch der Verfolgung gegen einzelne Individuen anzunehmen. Das Verlangen der Auslieferung politischer Verbrecher widerspreche entschieden der natürlichen Gerechtigkeit, und keine Nation sei befugt, über ihre Grenzen hinaus ihre innern Streitigkeiten zu verfolgen, noch schwächere Mächte dafür zu strafen, daß sie den Verfolgten eine Zuflucht geben. Andererseits aber habe keine Nation ein Recht, sich zum Heerde von Verschwörungen gegen die Nachbarstaaten herzugeben. Daß die österreichische und die preussische Regierung der französischen eine gemeinschaftliche Erklärung über die Sache haben zukommen lassen, wie man behauptet hat, sei sehr unwahrscheinlich. Unbezweifelbar sei, daß die Häupter der Jakobiner in Genf eine lebhafteste Correspondenz mit ihren Gesinnungsgenossen in Paris und London führen, daß für die Mitte dieses Frühjahrs ein neuer Aufstand in Aussicht gestellt werde und daß zum Schauplatz desselben das südwestliche Deutschland ausersehen sei. Die durch den Aufstand bedrohten Regierungen haben das unabweisbare Recht, gegen denselben Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen; aber es liegen offenbar weit sicherere Mittel, dem Uebel ein Ende zu machen, vor, als ein Streich gegen die temporären und sehr überschätzten Leiter der Revolution. Man trete nur mit Herz und Hand dem deutschen Bundesstaat unter Preußens Leitung bei, Desterreich gebe nur seinen durchaus unmotivirten Widerstand gegen denselben auf, und man werde sehr bald sehen, daß die jetzt noch so mannichfaltig gestörten Verhältnisse im Süden von Deutschland sich ordnen, der Rechtsinn im Volke sich wiederherstellen und der Revolution jeder Boden werde entzogen werden.

Obgleich die Erklärung Lord Palmerstons über die Griechischen Vorgänge so wie gestern über die Russische Occupation der Donaufürstenthümer ziemlich nichtsagend gewesen sind, so haben sich doch Presse und Börse von der ersten Ueberraschung über die Kunde aus dem Piräeus fast ganz erholt, und es möchte hier jetzt Wenige geben, die aus der raschen Action des Admirals Parker wenigstens für die nächste Zeit ernste Verwickelungen besorgen, dagegen vielleicht Manche, die gerade davon eine, wenn auch nur temporäre Lösung oder Vertagung der Orientalischen Fragen erwarten. Das Geheimniß der Parker-Palmerstonschen Demonstration ist in seinen allgemeinen Umrißen ein ganz offenes, aber Niemand spricht es aus, weder im Parlament noch in der Presse. Die Minister mußten sich natürlich auf die Aeußerlichkeiten der Frage beschränken. Die Presse thut es ihnen nach, die Toryblätter zumal, die aus den Aeußerlichkeiten den besten Stoff zu ihren Neckereien gegen die Minister und zu wohlgefälligen Artikeln für ihre auswärtigen Patrone saugen konnten. Niemand fällt es ein, zu behaupten, daß die Engl. Maßregel lediglich, oder auch nur vorzugsweise gegen Griechenland gerichtet ist. Obgleich die Griechische Regierung die Erledigung der Reclamationen Englands auf eine unverantwortliche Weise verschleppt hat, so wurde man sich doch sicherlich nicht ohne tieferen Grund und zugleich nicht ohne ein momentan wichtiges Motiv so rasch zu äußersten Schritten entschlossen haben. Das Verfahren Englands gegen die Dänische Flotte ist vielfach citirt. Die Lage der Dinge ist eine verschiedene; der Griechischen Flotte läßt sich unmöglich die Bedeutung der Dänischen geben, aber in so fern ist die Analogie richtig, daß es sich jetzt um Griechenland nicht mehr, als damals um Dänemark handelte. Es galt damals Napoleon und es gilt jetzt Rußland. Englands Politik im Orient ist eine durchaus Antirussische, es hat dort keinen an-

dem Gegner, Rußland wird es aber stets bleiben, so lange England Ostindien besitzet und die Russische Uebergreifspolitik gegen die Türkei fortbauert. Die Losreißung Griechenlands von der Türkei war für England vielleicht kein absolutes Unglück, wenn eine kluge Diplomatie den Britischen Einfluß in Griechenland mindestens in gleicher Höhe mit dem Russischen zu halten wußte. Dieser Aufgabe, allerdings eine der schwierigen, waren aber die Englischen Diplomaten nicht gewachsen. Die gegenwärtige Demonstration kann daher der Versuch sein, diesen Einfluß, der auf dem diplomatischen Felde verloren worden ist, auf einem andern wiederzugewinnen. Eine Machtentfaltung wie die der Britischen Flotte im Piräeus, mag immer das Nationalgefühl der Griechen aufreizen, empören, aber sie imponirt zugleich; dieser letztere Eindruck mag leicht den erstern überdauern und den nicht-Russischen Parteien Griechenlands, die die Nationalgröße nicht mit der Abhängigkeit von Rußland erkaufen wollen, das Vertrauen geben, daß England die Macht und den Willen hat, sie nöthigenfalls mit Nachdruck zu unterstützen. Lord Palmerstons Geheimniß ist es natürlich, was ihn gerade in diesem Moment zu der Demonstration bestimmt hat; denn daß sie von ihm ausgegangen, nicht etwa durch eine falsche Deutung seiner Instructionen veranlaßt ist, wird man selbst dann noch annehmen können, wenn Herr Wyse und Admiral Parker hinterdrein desavouirt werden sollten. Eine Russisch-Napartische Intrigue zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg ist wenigstens nicht unmöglich und könnte in der Schwermüdigkeit, die die Englische Diplomatie gegen die Französischen in Konstantinopel und in Athen beobachtet hat, einige Bestätigung finden. Die Tragweite der Englischen Drohung ist aber offenbar über Griechenland hinaus berechnet. Es machte in der ganzen Levante einen großen Eindruck, als Admiral Parker zur Unterstützung der Pforte in den Dardanellen erschien. Dadurch aber, daß er auf das Verlangen Rußlands sich wieder zurückzog, ward derselbe neutralisirt. Auch aus dem Piräeus wird sich die Englische Flotte zurückziehen, jedenfalls die Blockade einstellen, allein diesmal nicht auf das Geheiß Rußlands, sondern unter Vermittelung Frankreichs, und dies ist ein großer Unterschied. Inzwischen wird unter den Unterhandlungen das Frühjahr herankommen und Rußland sich rücksichtlich der Occupation der Donaufürstenthümer entscheiden müssen. Waren die dortigen Truppen wirklich als die Vorhut eines Invasionsheeres in die Türkei bestimmt, so sind die Maßregeln des Englischen Cabinets absolut gerechtfertigt; hat Rußland dagegen alle derartigen Pläne entweder gar nicht gehegt, oder vertagt, so wird der Rückzug der Englischen Flotte von der Küste Griechenlands als ein Zugeständniß gedeutet werden können, das als eine Art Aequivalent Rußland den Rückzug aus den Donaufürstenthümern erleichtert. Die überaus vorsichtige, fast vertrauensvolle Weise, in der Lord Palmerston sich im Parlament über Rußland ausgelassen hat, deutet darauf hin, wie sehr er einen solchen Ausgang wünscht.

London, d. 9. Febr. Im Unterhause fand die Discussion über die australischen Colonieen Statt. Nachdem das Haus sich als Comité constituirt hatte, erhob sich Lord John Russell, um die Ansichten der Regierung hinsichtlich der zukünftigen Colonial-Politik aus einander zu setzen. Er begann mit einer geschichtlichen Uebersicht der englischen Colonisation und einer Darlegung der allgemeinen Grundsätze, welche mit Bezug darauf hinsichtlich des Handels und der Regierung seit dem Jahre 1627 beobachtet worden seien. Hierauf wies er auf die Veränderungen hin, welche das Freihandels-System in der Stellung der Colonieen zum Mutterlande hervorgebracht habe, und ging dann auf die Frage über, ob es wünschenswerth für England sei, seine Colonieen zu be-

haupte. Er sei der Meinung, England dürfe seine Colonieen nicht aufgeben, sowohl im Interesse der Colonieen selbst, wie in dem Englands. Im Allgemeinen sei für die Verwaltung der Colonieen der alte Grundsatz festzuhalten, daß, wohin auch immer Engländer gingen, ihnen der Genuß englischer Freiheit und englischer Institutionen gesichert werden müsse. In der Cap-Colonie werde man das Repräsentativ-System einführen, und zwar mit zwei Kammern. Für die australischen Colonieen schlage die ministerielle Bill nur eine Kammer vor, deren Mitglieder zu zwei Dritteln aus Repräsentanten des Volkes bestehen, das übrige Drittel hingegen von der Regierung ernannt werden solle. Doch soll es den Colonieen freistehen, ihre Verfassung zu verändern und eine zweite Kammer hinzuzufügen. Hierauf verührt der Redner die Fragen der Deportation und der Auswanderung und spricht dann seine Uebersetzung aus, daß es im höchsten Grade wichtig für die Colonial-Politik sei, nicht von den Grundsätzen des Freihandels abzuweichen. Wenn einige der britischen Besitzungen eine Macht erreichen sollten, welche sie zu Ansprüchen auf Unabhängigkeit berechtige, so werde es England zur Freude gereichen, ihnen diese Unabhängigkeit zu gewähren und dadurch zum Glück der Welt beizutragen. Zum Schlusse hat Lord John Russell um Erlaubniß, eine Bill zur besseren Regierung der australischen Colonieen vor das Haus zu bringen. Hierauf kritisiert Sir Wm. Molesworth in einer längeren Rede die frühere Colonial-Politik der Regierung. Anstey zeigt an, er werde später mehrere Amendements zu der Bill vorschlagen. Baillie erklärt, er erwarte wenig Gutes von der Bill. Der Handelsminister Labouchere vertheidigt den Geses-Vorschlag und ließt Auszüge aus in Sydney und Port Philipp erscheinenden Zeitungen, welche zeigen, daß die Bewohner jener Colonieen die Bill als eine große Wohlthat ansehen würden. Koebuch tabelt, daß der für Süd-Africa vorgeschlagene Plan nicht auch seine Anwendung auf Süd-Australien finden solle. Hume billigt den Inhalt der Bill im Allgemeinen, findet jedoch die Annahme des Einkammer-Systems in Australien unzweckmäßig. Die Motion des Premier-Ministers wird schließlich angenommen.

### Dänemark.

**Kopenhagen**, d. 7. Febr. In der schleswig-holsteinischen Sache ist am 2. d. M. eine Staatsraths-Sitzung abgehalten, die von langer Dauer war und an welcher der König sich betheiligte. Mehrere Actenstücke, sowohl von Lord Palmerston als von dem preuß. Bevollmächtigten Herrn v. Ufedom, auch eines von der Bundescommission in Frankfurt, waren Gegenstand der Berathung. Sie alle sollen zuvörderst Vorschläge über ein neu zu bildendes Provisorium für die Herzogthümer enthalten. Diese Actenstücke, sowie der Beschluß der Minister in dieser Frage, werden noch in dieser Woche dem Reichstage in einer geheimen Sitzung vorgelegt werden.

### Rußland und Polen.

**Kalisch**, d. 4. Febr. Das verfloßene Jahr war für Rußland, trotz seines bewährten Kriegsrühmes, kein glückliches. Während das Einnahmebudget sich zu Ende des Jahres sehr ungünstig herausgestellt hat, waren die Ausgaben im Laufe des Jahres höchst bedeutend. Der wahrscheinliche Mehraufwand über die im Jahre 1848 verausgabte Summe beträgt über 30 Millionen Silber-Rubel, welche der ungarische Feldzug und die im Königreiche Polen auf dem Kriegsfuße sich befindenden Truppen verschlungen haben, während schon die Mehrausgabe des Jahres 1848 über 15 Mill. Silber-Rubel betragen hat, und es läßt sich bis jetzt gar nicht absehen, wann

eine Beschränkung der Mehrausgaben, bei welchen vorzugsweise die gedrückte Bevölkerung zu leiden hat, eintreten wird. — Obgleich das Reich im verfloßenen Jahre wenigstens im Allgemeinen von Mifernten und Unfruchtbarkeit nicht heimgesucht worden ist und deshalb von der Regierung weniger Bauern als sonst ernährt werden mußten, so sind doch von der Cholera und andern bössartigen Krankheiten, welche in den Hauptstädten und in allen Theilen des Reiches herrschten, Hunderttausende von Landleuten hinweggerafft worden, und das Elend war in Folge dessen sehr groß. Die Viehseuche hat im südlichen Rußland und im Königreiche Polen großen Schaden verursacht und die Brandverheerungen waren, wie fast in jedem Jahre, wegen der schlechten Bedachung der Häuser auf dem Lande und der mangelhaften Löschapparate sehr bedeutend. — In den Ostseeprovinzen und in den an diese angrenzenden Gouvernements hat die herrschende Kartoffelkrankheit die Kartoffeln dergestalt vernichtet, daß der Kaiser durch einen Befehl die Einfuhr dieses dort unentbehrlichen Nahrungsmittels bis zu Ende des Jahres 1850 gestattet hat.

### Vermischtes.

— **Köln**, d. 12. Febr., 10 Uhr Morgens. Der Rhein ist endlich in sein Bett zurückgetreten, die Straßen sind wieder gangbar, der Verkehr fängt an, die gewöhnliche Lebhaftigkeit zu erringen, und die Dampfschiffe der Königlich Gesellschaft haben bereits gestern ihre regelmäßigen Fahrten zwischen hier und Mannheim wieder begonnen. Eben so lauten die heutigen Berichte vom Oberrhein alle günstig, wenn auch nur über langsam fallendes Wasser. Dieses langsame Abnehmen der Gewässer wird indeß dem Landverkehre in so fern ungünstig, indem dadurch die hiesige Schiffbrücke schwerlich vor Mitte nächster Woche wieder hergestellt werden kann. Der gegenwärtige Wasserstand beträgt noch immer 21 F. Im Ganzen sind also die Werste, resp. Straßen, zu Köln neun Tage mehr oder weniger unter Wasser gewesen, nämlich vom 3. d. M. Nachts bis 12. Vormittags. Den höchsten Stand hatte der Rhein diesmal hier am 5. mit 29 F. 7 Z. preuß. oder rhein. Pegel, oder 31 Fuß 6 Zoll köln. Pegel, in den Stunden von 12 bis 2 Uhr Nachmittags, welches Maß also nur 3 Z. unter dem höchsten Wasserstande von 1845 verblieben ist.

— **Hamburg**, d. 9. Febr. Hr. Johann Heinrich Schröder, der sowohl hier als in London und Liverpool Handlungshäuser besitzt, hat eine Million Mark Banco bestimmt zur Erbauung einer Anzahl Freiwohnungen für bedürftige aber rechtliche Leute, die außer Feuerungsmaterial noch 300 Mark Courant jährlich erhalten sollen.

### Bereinigte Gemeinde.

Kirchliche Feier Sonntag den 17. Februar früh 9 Uhr.

### Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 13. Februar.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. freim. Anl.	5	107 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	Pomm. Pfandbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	96	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Gr. Schuldsch.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	89 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	88 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	R. = u. Nm. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	96 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	96
Sch. Pr. = Sch.	—	104 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	104 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Schlesische do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	95 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga-	—	—	—
Schuldversch.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—	rant do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—
Brl. Stadtbl.	5	105	—	Pr. Bf. = A. = Sch.	—	96	95
do. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	87				
Wstpr. Pfandbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	92 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	91 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	Friedrichsd'or	—	13 <sup>7</sup> / <sub>12</sub>	13 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>
Großh. Pos. do.	4	101 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	100 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	And. Goldm. à	—	—	—
do. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	91 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	90 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	5 $\frac{1}{2}$	—	12 <sup>7</sup> / <sub>12</sub>	12 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>
Dstpr. Pfandbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—	Disconto	—	—	—

Eisenbahn - Actien.

Stamm = Actien.	Sf.	Stamm = Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit.		Berl. Hambg.	4 1/2 100 3/4 B.
A. B.	4	do. II. Serie	4 1/2 98 1/2 B.
do. Hamb.	4	do. Potsd. = M.	4 94 1/4 B.
do. St. = Star.	4	do. do.	5 102 3/8 B.
do. Potsd. = M.	4	do. do. Litt. D.	5 100 1/2 B.
Magd. = Elbst.	4	do. Stettiner	5 105 1/4 B.
do. Leipziger	4	Magd. = Leipz.	4 98 G.
Halle = Thür.	4	Halle = Thür.	4 1/2 98 5/8 B. u. B.
Cöln = Mind.	3 1/2	Cöln = Mind.	4 1/2 101 1/2 B. u. G.
do. Nachen	4	do. do.	5 104 1/2 B.
Bonn = Cöln	5	Rh. v. Str. gar.	3 1/2 —
Düss. = Elberf.	5	d. I. Priorität	4 90 B.
Steel. = Bohn.	4	do. St. = Pr.	4 77 1/2 B.
Nschl. = Märk.	3 1/2	Düss. = Elberf.	4 89 G.
do. Zwgbahn	4	Nschl. = Märk.	4 95 3/4 B.
Obschl. L. A.	3 1/2	do. do.	5 104 1/2 B.
do. Lit. B.	3 1/2	do. III. Serie	5 103 3/8 B. u. G.
Cosel = Dverb.	4	do. Zwgbahn	4 1/3 —
Brsl. = Freib.	4	do. do.	5 —
Kr. = Dberschl.	4	Oberschl.	4 —
Berg. = Märk.	4	Kr. = Dberschl.	4 86 1/2 B.
Starg. = Pof.	3 1/2	Cosel = Dverb.	5 —
Brieg. = Meisse	4	Steel. = Bohn.	5 97 1/4 G.
Magd. = Wirb.	4	do. II. Serie	5 82 B.
Quitt. = B.		Brsl. = Freib.	4 —
Nach. = Mastr.	4	Berg. = Märk.	5 101 B.
Aust. Act.		Auständische	
Fr. = W. = Ndb.	4	Stamm =	
do. Priorit.	5	Actien.	
Prioritäts = Actien.		Riel. = Alt. Sp.	5 —
Berl. = Anhalt	4	Amst. = R. Fl.	4 —
		Malb. = Thlr.	4 34 1/2 B.

Leipzig, den 13. Februar.

Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats = Papiere à 3 % im 14. F. von 1000 u. 500 kleiner	—	85 1/2	Sächs. do. do. à 4 %	—	100 1/4
à 4 % do. do. v. 500	—	97 1/4	Spz. = Dresd. = Eisenb.	—	—
do. do. von 500 u. 200 à 5 %	—	105 1/2	P. = Obl. à 3 1/2 %	—	106 3/4
do. do. kleinere	—	—	Chemn. = R. = Eisenb. = Anl. à 10 % 4 %	—	—
Königl. sächs. Landrentenbriefe à 3 1/2 % im 14. F. v. 1000 u. 500 kleiner	—	91	K. pr. St. = Schuld = schein à 3 1/2 % im pr. Cour. pr. 100	—	—
Act. d. ch. sächs. = bair. C. = bis Mich. 1855 à 4 % v. 100 später à 3 % v. 100	87 1/4	—	K. f. österreich. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 % lauf. Zinsen à 4 % à 103 % im à 3 % 14. F.	—	—
Königl. pr. Steuer = Credit = Kassenfch. à 3 % im 20. F. v. 1000 u. 500 kleiner	—	85 1/4	Pr. Frsd'or à 5 % idem auf 100	—	—
Leipz. Stadt = Obligationen à 3 % im 14. F. v. 100 u. 500 kleiner	—	95	And. ausl. Louisd'or à 5 % nach geringem Ausmünzfuß auf 100	—	—
do. do. 4 1/2 %	104	—	Conv. = Spec. u. Gld. auf 100	—	12 1/2
Sächs. erbl. Pfand = briefe à 3 1/2 % von 500	—	90 1/2	idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	2 5/8
von 100 u. 25	—	100 1/4	Actien der B. B. pr. St. à 103 %	—	—
à 4 % von 500 von 100 u. 25	—	—	Leipz. Bank = Actien à 250 F. pr. 100	150 1/2	—
Sächs. lauf. Pfand = briefe à 3 %	—	86	Spz. = Dresd. Eisenbahn = Act. à 100 F. pr. 100	—	110 3/4
Sächs. do. do. à 3 1/4 %	—	95	Sächs. = Schles. do. pr. 100	95 1/2	—
			R. = Zitt. do. pr. 100	—	19 1/2
			Magd. = Leipz. Div. = Scheine do. pr. 100	219	—
			Chemn. = Rief. C. = A. à 100 F. 3. jinslos	—	25 1/2

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Geld.)  
Magdeburg, den 13. Februar. (Nach Wispehn.)

Weizen	39	—	42	F	Gerste	20	—	22	F
Roggen	26	—	28	F	Hafers	14	—	16 1/2	F

Berlin, den 13. Februar.

Weizen nach Qualität	50—55 F.
Roggen loco und schwimmend	26 1/2—28 F.
pr. Frühjahr	25 3/4 u. 7/8 F. b3., 26 Br.
Mai/Juni	26 1/4 u. 1/2 F. b3., 26 1/2 Br., 1/4 G.
Juni/Juli	27 1/2 F. Br., 27 b3. u. G.
Gerste, große loco	22—24 F.
kleine	19—21 F.
Hafers loco nach Qualität	16—18 F.
pr. Frühjahr	50 F. 16 F. Br.
Erbfesen, Kochwaare	32—40 F.
Futterwaare	29—32 F.
Rübsel loco	13 5/12—13 1/3 F.
pr. Februar	13 1/6 u. 1/4 F. b3., 13 1/4 Br., 1/6 G.
Februar/März	12 11/12 u. 7/8 F. Br., 5/6 b3., 3/4 G.
März/April	12 2/3 F. b3. u. Br., 5/6 G.
April/Mai	12 1/2 u. 7/12 F. b3., 12 5/8 Br.
Mai/Juni	12 1/2 F. b3. u. Br., 12 1/12 G.
Keinöl loco	11 3/4 F.
pr. März/April	11 2/3 F. Br., 11 1/3 G.
pr. April/Mai	11 1/2 F. Br., 11 1/4 G.
Mohnöl	15 1/2 F.
Palmöl	12 2/3 à 12 3/4 F.
Sandföhl	14 F.
Südssee = Thran	12 1/2 à 12 3/4 F.
Spiritus loco ohne Faß	13 3/4 F. b3.
mit Faß	13 3/4 F. Br., 13 1/2 G.
Februar/März	13 3/4 F. Br., 13 1/2 G.
März/April	14 F. Br., 13 3/4 G.
April/Mai	14 1/8 F. Br., 1 1/2 b3. u. G.
Mai/Juni	14 1/2 F. Br., 1/3 G.
Juni/Juli	15 F. b3. u. Br.
Juli/August	15 3/8 u. 1/3 F. verk., 16 1/2 Br., 1/3 G.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg  
am 13. Februar Nr. 17 und — Zoll.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 13. bis 14. Februar.

**Im Kronprinzen:** Die Herrn. Kauf. Schulze a. Magdeburg, Jungblut a. Frankfurt, Wagner a. Bremen, Meurer a. Leipzig. Hr. Concipient Reisensteuber a. Mühlhausen. Hr. Major a. D. v. Löwen a. Wippa. Hr. Dr. jur. Alfons a. Kassel. Hr. Partik. Schrader a. Dessau.

**Stadt Zürich:** Hr. Partik. Krause a. Weisensfels. Hr. Gastw. Kunig a. Quersurt. Hr. Kämmerer Becker u. Hr. Kantor Koch a. Tempelin. Hr. Arzt Dr. Graffunder a. Minden. Die Herrn. Kauf. Diez, Sachsenroder, Robrahn u. Wolfram a. Leipzig, Albrecht a. Kassel, Grumbach a. Berlin, Storch a. Kreuznach.

**Goldnen Ring:** Hr. Förster Emden a. Dfenburg. Hr. Gutsbes. Schessler a. Rothenschirmbach. Die Herrn. Kauf. Rosenfeld a. Korinzig, Schulze a. Leipzig.

**Englischer Hof:** Hr. Partik. Henschel a. Berlin. Die Herrn. Kauf. Hennig a. Hannover, Nagel a. Köln. Hr. Privatm. Ross a. Köthen. Hr. Optikus Griesheim a. Wien.

**Goldne Löwen:** Hr. Freih. v. Wangenheim a. Dresden. Hr. Weinhandl. Puppel a. Weidenhausen. Die Herrn. Kauf. Fischer a. Farnstädt, Grimmer a. Bremen.

**Stadt Hamburg:** Hr. Amtm. Matthäi a. Kriegsdorf. Die Herrn. Kauf. Ewe a. Wernigerode, Wolf u. Gabriel a. Berlin, Hähner a. Eisenben, Wähner a. Mainz, Dähne a. Dresden, Voigt a. Frankfurt.

**Schwarzen Bär:** Hr. Fabrikbes. Sandkuhl a. Zerbst. Hr. Porzellanhändler Fädler a. Reichenbach. Hr. Fabrik. Nürnberg a. Neustadt.

**Goldne Kugel:** Hr. Steuerrath Löwling a. Berlin. Hr. Stud. Steinhof a. Jena. Die Herrn. Kauf. Cohn a. Eschwege, Rippmann a. Bernburg, Löwenthal a. Magdeburg. Hr. Gastw. Mente a. Eisenach.

**Zur Eisenbahn:** Die Herrn.ieur. Eismann u. Baumann a. Donauerschingen. Hr. Capit. Röder a. Fahr. Hr. Musikalienhdlr. Eberstein a. Rudolfsstadt. Hr. Fabrik. Ferisch a. Naumburg. Die Herrn. Kauf. Franke a. Berlin, Mertin a. Hamburg. Hr. Amtm. Erhard a. Neuborf.

## Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Unterzeichneter beabsichtigt seine unmittelbar bei Sangerhausen liegende Mühle, die sog. Probstmühle, mit 3 Mahlgängen, wovon zwei auch bei dem kleinsten Wasserstande fortwährend in Betrieb gesetzt werden können und täglich mehrere Wispel fördern, aus freier Hand zu verkaufen.

Als Pertinenz befindet sich bei derselben ein 5 Acker des besten Landes haltender, ringsum von Wasser eingeschlossener Garten und sind außer den ökonomischen Wirthschaftsgebäuden auch Lokalien zu einer Graupen- und Delmühle, oder auch andern dergl. Mühlenanlagen vorhanden. Die Wohngebäude sind neu, gut eingerichtet und bei einer gesunden freundlichen Lage einer Beschädigung durch großes Wasser nie ausgesetzt; der Wasserstand ist zu jeder Jahreszeit ein und derselbe; auch friert das Wasser nie ein.

An Abgaben haften darauf 8 Scheffel — Sangerhäuser Maas — Roggen und 8 Thaler Canon jährlich.

Beim Abschluß des Kaufes kann sämtliches Schiff und Geschirr, auch circa 20 bis 30 Wispel Roggen und Gerste mit übernommen werden; ferner das ganze Kaufgeld 10 bis 20 Jahr daran stehen bleiben, wenn solches noch durch andere Grundstücke hypothekarisch sicher gestellt wird. Hierauf Reflektirende wollen sich an den Unterzeichneten selbst wenden. Unterhändler werden verboten.

Sangerhausen, d. 12. Febr. 1850.  
Der Mühlenbesitzer  
Georg Stöck.

Ich Endunterzeichneter bin gesonnen, meine in Unterriegstädtler Flur belegenen Grundstücke, bestehend aus einer Wassermühle mit einem Mahlgange und zwei schönen Gärten, einer Windmühle mit einem Mahl- und einem Schrootgange und 34 Morgen Acker in einzelnen Parzellen oder im Ganzen Sonntag den 10. März d. J. in der Schenke zu Unterriegstädt unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen.

Unterriegstädt bei Lauchstädt,  
im Februar 1850.

Bolle.

**Auction.** Dienstags den 19. Februar Mittag 1 Uhr sollen auf der Pfarre in Zwocha eine Partie Meubles, Haus- und Wirthschaftsgeräte, dabei ein guter ganz verdeckter Kutschwagen, eine leichte Droschke, zwei Wirthschaftswagen u. s. w. meistbietend verkauft werden.

## Große Wagen-Verloofung.

Die Erlaubniß zu der beabsichtigten Verloofung ist uns trotz allen Bemühungen nicht erteilt worden. Indem wir dies hiermit zur Kenntniß des Publikums bringen, ersuchen wir die Wenigen, welche noch im Besiße von Loosen sind, dieselben bei uns gegen den dafür bezahlten Betrag umzutauschen. Zugleich sagen wir Allen, welche uns durch ihre Theilnahme in unserm Unternehmen zu unterstützen beabsichtigten, unsern verbindlichsten Dank und empfehlen uns einem geehrten Publikum gehorsamst.  
Halle, im Februar 1850. **C. Koch. Brandt. Lindner.**

### Neueste Composition von W. Lehmann.

So eben ist erschienen und in Halle in **G. C. Knapps Sort.-Buchh.** (Schroedel & Simon), in Eisleben bei Kuhnt, in Weissenfels bei Suess und in Cönnern bei A. Lossier zu haben:

### Caecilien-Polka für das Pianoforte, von W. Lehmann.

Op. IV. Preis 5 Sgr.

Von demselben Componisten erschienen früher Fahnenweihpolonaise 3 Sgr. Der Zigeuner-Knabe im Norden. Geschwindmarsch 5 Sgr.

In der Pfarre zu Holleben sind gegen zwanzig Schock (20 Schock) trocknes Hafersstroh zu verkaufen.

Circa 4—500 Stück Birken, sich zu Stellmacherholz besonders eignend, sollen am 22. Februar um 9 Uhr in der Remise bei Granau meistbietend versteigert werden.  
Hart.

### Für Buchdrucker.

Mehrere noch sehr brauchbare Holzpressen für Buchdrucker stehen billig zum Verkauf. Frankirte Anfragen, J. M. signirt, befördert die Expedition d. Bl.

### Haus- und Handlung-Verkauf oder Verpachtung in Eilenburg.

Veränderungshalber beabsichtige ich sofort oder binnen hier und Ostern mein Haus nebst Seitengebäuden, großem Garten (Straßen-Fronte bildend) und einem dazu gehörenden Stüchsen Feld in bester Feldflur gelegen, unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen, oder nach Befinden mit der darin befindlichen und seit 20 Jahren betriebenen Materialwaarenhandlung zu verpachten. Das Ganze befindet sich im besten Zustande. Darauf Reflektirende belieben sich an mich zu wenden.  
Eilenburg, im Februar 1850.  
Carl Schubert senior.

In der Baumschule zu Groß-Kayna bei Merseburg sind Aepfel-, Birn-, wie auch veredelte Süßkirchbäume von vorzüglichem Wuchs zu verkaufen.  
Kraaz.

Einen Lehrling sucht zu Ostern der Bäcker Ferdinand Schade in Wettin am Markt.

Gebauersche Buchdruckerei in Halle.

### Haus-Verkauf.

Mein zu Steuden belegenes (das früher Strich'sche) Wohnhaus, welches zwei Stuben, Kammer nebst Seitengebäude mit Keller, Hofraum und Garten enthält, bin ich willens, sofort zu verkaufen und kann Anfang April bezogen werden.

J. G. Hempel in Steuden.

Eine große Kuh mit dem Kalbe verkauft Schulze in Peißen.

### Anfrage.

Dringend wird eine Wiederholung von Rosenthals „Deborah“ gewünscht. Wird nicht bald diesem Wunsche genügt werden?

Viele Theaterfreunde.

Sonntag, als den 17. d. M., Ball, wozu ergebenst einladet

F. Herz, Rothehaus.

### Stadttheater in Halle.

Mit aufgehobenem Abonnement. Freitag den 15. Februar: Zum Benefiz für Herrn Regisseur Staufenau: „Deborah“, Volksschauspiel in 4 Akten von Dr. Rosenthal, Musik von Schöneck.

### Familien-Nachrichten.

#### Todes-Anzeige.

Am 12. d. M. starb nach langem Leiden meine gute Frau, Julie Kurz geb. Schilling. Dies Freunden und Bekannten statt besonderer Nachricht.

Halle, den 13. Februar 1850.

W. Kurz.



**Deutschland.**

**Berlin, d. 13. Febr.** Die zweite Kammer diskutierte in der heutigen Vormittagsitzung einige Paragraphen der Gemeindeordnung, und in der Abendsitzung gab sie ihre Zustimmung zu den Anträgen der Regierung über Einverleibung der ganzen Provinz Posen in Deutschland. In der Berathung über das Gemeindegesetz wurde der §. 2 ohne Diskussion und §. 3 in seinen einzelnen Theilen nach den Kommissionsanträgen mit unerheblichen Veränderungen, doch aber mit dem wichtigen Zusatz angenommen, daß zeitweilige Bestreitungen von Gemeindeabgaben und Leistungen für neubebaute Grundstücke zulässig sind. Bei §. 4, der die Bedingungen festsetzt, nach welchen das Wahlrecht in der Gemeinde ausgeübt werden soll, wollten einige Redner eine Definition des Begriffs „Selbstständigkeit“, andere Herabsetzung des Censur von 2 auf 1 Thaler; wieder andere bekämpften entweder überhaupt oder nur für die dritte Wählerklasse die Einführung eines Censur. Der Minister Manteuffel nahm davon Anlaß zu erklären, daß er prinzipiell ein Gegner jedes Censur sei, daß aber, da es wichtig sei, nur solche Gemeindeglieder an der Verwaltung der Kommune und des Staates Theil nehmen zu lassen, die an beiden ein wahres Interesse haben, es bis jetzt kein besseres Mittel zur Erreichung und Sicherung dieses Zweckes gebe, als der Censur mit Abstufungen, die sich nach Lage der Umstände richten. Nach einer ermüdenden Debatte wurde der Paragraph nach den vom Berichterstatter von Patow vertheidigten Anträgen angenommen. Ebenso die §§. 5 und 6 und die Berathung bis auf Donnerstag vertagt.

In der Abendsitzung trug der Abg. von Brauchitsch als Berichterstatter der Kommission deren Gutachten über die polnische Angelegenheit vor. Zum drittenmale gelangte die polnische Frage vor die Kammer, das erste Mal in einem Antrage des Abg. Janiszewski, der bei der Debatte über das Staatsgrundgesetz einen Zusatz zum ersten Paragraph forderte. Das andere Mal wollten die Polen, daß die Wahlen zur ersten Reichstage in Posen nicht vorgenommen würden. Beide Anträge hatte die Kammer fast mit Einstimmigkeit verworfen. Endlich brachte die Regierung selbst die polnische Frage zur Erörterung, indem sie beantragte: „Die Kammer wolle ihre Zustimmung zur Einverleibung des nicht zu Deutschland gehörigen Theiles der Provinz Posen in den deutschen Bund ertheilen.“ Die Kommission hatte diesen Antrag mit 13 gegen 1 Stimme verworfen und dagegen mit 8 gegen 6 Stimmen folgenden angenommen: „Die Kammer wolle beschließen, ihre Zustimmung zur Einverleibung des noch nicht zu Deutschland gehörigen Theiles der Provinz Posen unter der Bedingung zu ertheilen, daß vorher die Provinz Posen als ein Ganzes aufgelöst und ihre Bestandtheile den angrenzenden Provinzen Preußen, Brandenburg und Schlesien zugetheilt werden.“ Nach einer Deduktion des Berichterstatters gab der Minister des Innern den Standpunkt an, den die Regierung in dieser Angelegenheit einnehme. In Bezug auf die vorgeschlagene Auflösung des Provinzialverbandes fand es derselbe aus politischen und administrativen Gründen bedenklich, auf den Vorschlag einzugehen. Nach dem Minister sprach Beseler und stellte einen neuen Antrag, in welchem der wesentlichste Inhalt der Regierungsvorlagen sich wiederfand, aber noch den Zusatz enthielt, die Regierung sollte „vor Vollziehung der Einverleibung diejenigen Maßregeln in Vorschlag bringen, welche nach Aufhebung der Demarkationslinie im allgemeinen Interesse des Staates und der Provinz, so wie zum Schutze der besondern Interessen der Bevölkerung deutschen und polnischen Stammes

nothwendig erscheinen.“ Die Regierung trat auch diesem Antrage entgegen, worauf der Abg. Hirsch aus Posen unter Aufmerksamkeit und Unruhe der Kammer eine lange Rede hielt. In der Abstimmung wurden endlich alle Anträge verworfen, nur der von der Regierung ausgegangene mit großer Majorität angenommen.

**Braunschweig, d. 12. Februar.** In der heutigen Sitzung ward den Ständen offiziell angezeigt, daß die Regierung die vielbesprochene Militärconvention mit Preußen nunmehr definitiv abgeschlossen habe; aber unter Vorbehalt der aus der Kriegsverfassung des deutschen Bundes, so wie diese noch in Kraft und Wirksamkeit bestehe, hervorgehenden Verpflichtungen, imgleichen auch der auf den Grund derselben zwischen Braunschweig und Hannover in der Militärconvention vom 14. bis 16. Juli 1843 getroffenen Verabredungen; endlich der weiteren Vereinbarung über alle bis zum Erscheinen eines allgemeinen deutschen Wehrgesetzes in der preussischen Armee etwa einzuführenden wesentlichen Formations- und Organisations-Veränderungen. Der Vertrag ist auf 15 Jahre vom Unterzeichnungstage (1. December 1849) geschlossen. Die Regierung, heißt es in dem Begleitschreiben, habe sich verpflichtet gehalten, diese über kurz oder lang doch nothwendig werdende Maßregel schon jetzt zu ergreifen, einmal, weil dieselbe ohnehin nicht zu umgehen sei, sodann weil das preussische Heer als das vorzüglichste in Deutschland bekannt sei, aller Wahrscheinlichkeit nach also einen günstigen Einfluß auch auf unser Militär ausüben würde; und endlich, weil dem Lande in keiner Hinsicht aus dieser Convention eine größere oder drückendere Verpflichtung erwüchse, als es bisher durch Anordnung des deutschen Bundes zu tragen gehabt habe, ja die Kosten würden sich noch geringer herausstellen. Aus der ganzen Fassung des Aktenstücks geht hervor, daß die Regierung diese Convention als einen rein administrativen Akt betrachtet und sie unter ihre Befugniß, Verträge abzuschließen, subsumirt, so daß die Regierung schon durch eine bloße Anzeige ihrer Pflicht genügt haben würde und es einer Genehmigung von Seiten der Kammer eigentlich nicht bedürfe, obwohl eine förmliche Vereinbarung zweckmäßig und wünschenswerth sei.

**Personen-Frequenz der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn.**

Vom 1. Januar bis incl. 31. Januar c. incl.  
3662 Personen aus dem Zwischenverkehr . 33,379 Personen.  
Summa 33,379 Personen.

**Magdeburg-Leipziger Eisenbahn.**

**A. Betriebs-Einnahmen:**

1) Vom 1. Jan. bis ult. October 1849 740,106 Rthl 17 Sgr 3 L  
2) Im Monat November a. pr. . . . 67,741 = 8 = 10 =  
gegen 68,624 Rthl 15 Sgr 6 L im J. 1848.  
in Summa 807,847 Rthl 26 Sgr 1 L

**B. Personen-Frequenz:**

1) Vom 1. Jan. bis ult. October 1849 . 631,481 Personen.  
2) Im Monat November a. pr. . . . 43,565 =  
gegen 59,628 Personen im Jahre 1848.  
in Summa 675,046 Personen.

**C. Fracht- und Eilgüter-Verkehr:**

1) Vom 1. Jan. bis ult. October 1849 . 1,994,114 1/2 Centner.  
2) Im Monat October a. pr. . . . 244,659 1/2 =  
gegen 277,846 1/4 Ctr. im Jahre 1848.  
in Summa 2,238,773 3/4 Centner.



## Bekanntmachungen.

### Rothwendiger Verkauf

beim

Königl. Preuss. Kreis-Gerichte  
zu Halle a. d. Saale.  
I. Abtheilung.

Das dem Mühlenbesitzer Johann Friedrich Teuscher jun. gehörige, im Hypothekenbuche von den Halle'schen Weinbergen unter Nr. 28. eingetragene Mühlengrundstück, nach der, nebst Hypotheken-Schein in der Registratur (— eine Treppe hoch, Zimmer Nr. 14 —) einzuziehenden Ertragszins, abgeschätzt auf 30,675 *R* 10 *S*,

soil

am 15. Mai 1850

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle hieselbst, eine Treppe hoch Zimmer Nr. 6, vor dem Deputirten Herrn Kreisgerichts-Rath Stecher subhastirt werden.

Die dem Aufenthalt nach unbekanntem Interessenten, sowohl der Besitzer Johann Friedrich Teuscher jun., zugleich in Vertretung seiner 3 minorennen Kinder, Friedrich Emil, Therese und Auguste Louise Teuscher, als auch die verehelichte Teuscher, Valentine Adelheid geb. Holle, und die unbekanntem Erben der Wittwe Teuscher, Marie Dorothee Judith geb. Hampe von hier, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Einen Lehrling sucht sogleich oder zu Ostern Tempel, Schuhmachermeister, Barfüßerstraße Nr. 121.

Licht-Portraits von 1 *R* an werden bis zum 1. f. Monats angefertigt Leipziger Straße Nr. 1614.  
F. Stummer.

Eine ganz neue Art große, carrirte Pferdedecken, das Stück zu 1 *R*, erhielt Friedrich Arnold am Markt.

Tisch-, Kommoden- und Fortepianodecken in Seide, Wolle, Baumwolle und Wachsbarchent empfiehlt Friedrich Arnold am Markt.

3 Duzend gut schlagende Canarienhähne, so wie gute Gaustauben sind zu verkaufen Rittergasse Nr. 637.  
G. Zabel.

Es wird eine gesunde Amme vom Lande gesucht. Näheres Klausstraße Nr. 900.

In der Schwetitscheschen Sort.-Buch. (Pfeffer) in Halle, bei Reichardt in Eisleben und Garcke in Merseburg ist zu haben und

als ein in jeder Hinsicht guter Rathgeber zur Selbstbesorgung des Gartens zur Anschaffung zu empfehlen:

Der populäre Gartenfreund, oder die Kunst, alle in Deutschland vegetirenden

Blumen und Gartengemüse auf die leichteste und einträglichste Weise zu ziehen.

Mit einem Gartenkalender.

Auf praktische Erfahrungen gegründet.

Herausgegeben von

D. Schmidt und F. Herzog

(Kunstgärtner in Weimar).

Dritte Auflage. Preis 20 *S*.

Von diesem beliebten Gartenbuche ist jetzt die dritte verbesserte Auflage erschienen, worin die Ziehung, Wartung und Pflege der verschiedenen Blumen und Gartengewächse in 110 Anweisungen beschrieben ist, und dazu noch die besten Vertilgungsmittel gegen schädliche Insekten enthält.

Zur ungeheuren Aufheiterung auf Reisen, Spaziergängen, bei Tafel und in Gesellschaften dient die beliebte Schrift:

Fr. Rabener's

Knallerbsen,

oder: Du sollst und mußt lachen.

Enthaltend: (256) interessante Anekdoten. Für Kaufleute, Künstler, Gelehrte, Gerichts-, militärische und fürstliche Personen.

Achte Auflage. Preis 10 *S*.

Mit wahrem Vergnügen wird man in diesem witzreichen Buche lesen und bei Wiedererzählung der Anekdoten ein baucherschütterndes Lachen veranlassen.

Montag, den 18.  
Februar, komme ich  
mit einem Transport  
dänischer Pferde an.  
Noch  
in Bornstädt.

Gebauer'schen Buchdruckerei in Halle.

Ein Bachhaus alhier, sehr vortheilhaft gelegen, welches jährlich einen Mietzins von 240 *R* einbringt, mit großem Hofraum, Einfahrt und Stallung, steht sofort unter annehmbaren Bedingungen mit 1000 *R* Anzahlung zu verkaufen. Näheres bei Supprian, Leipziger Straße Nr. 283.

Eine neumilchende Kuh mit dem Kalbe steht zu verkaufen bei Gottfried Schaaf in Canena.

Ein reinliches ehrliches Mädchen, die in der Wirthschaft und im Kochen Bescheid weiß, findet zum 1. April Dienst in Mitreuters Garten.

### Erbsen-Verkauf.

Mehrere Wispel Erbsen sind zu verkaufen, rein und gut zum Saamen, bei dem Müller Schmidt.  
Unter-Esperstedt, d. 13. Febr. 1850.

Ein für amerikanische und deutsche Mühlen in jeder Beziehung sachkundiger erfahrener Müller, mit den besten Zeugnissen versehen, wünscht in einer großen Mühle unter einer Caution von 600 *R* eine Stelle als Werkführer. Näheres wird ertheilen der Gastwirth Herr F. Schmidt in Duerfurt.

Sonnabend, als den 16. d. M., laßt zum Concert und Ball ergebenst ein, wobei das Musikkorps des 19. Infanterie-Regiments seine Aufwartung machen wird, Gastwirth Müller in Nietleben.

### Lehrlings-Gesuch.

Ein junger Mensch von guter Erziehung, welcher Lust hat die Schlosserprofession zu erlernen, kann zu Ostern d. J. in die Lehre treten beim Schlossermeister Gustav Knappe in Cönnern.

Zu den Dioramen, welche nur noch kurze Zeit im goldnen Pflug aufgestellt bleiben, ist das Enrée 2 1/2 *S* und für Kinder die Hälfte.  
Halle, d. 4. Februar 1850.

A. Herbst, Maler.

Eine neue Rolle ist wegen Mangel an Raum zu verkaufen; wo? sagt der Commissair Hellmoldt, Bechershof Nr. 730.

Magdeburger Bahnhof.  
Sonntag den 17. Februar Gesellschaftstag und Tanzvergnügen. Von 4 bis 6 Uhr werden beliebige Tänze und Cotillon getanz